



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
25. Sitzung des Werkausschusses EBL

Sitzungstermin:	Donnerstag, 11.03.2021	
Sitzungsbeginn:	16:33 Uhr	
Sitzungsende:	18:31 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Dr. Burkhard Eymmer - CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aneta Wolter - CDU		
Frank Heidemann - Die Unabhängigen		Vertretung für: Herrn Wolfgang Nes-kovic c/o Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen
Clara Hübner - DIE LINKE		Vertretung für: Frau Katjana Zunft
Dr. Marek Lengen - SPD		
Bernd Lutzkat - CDU		Vertretung für: Herrn Dr. Carsten Grohmann
2. Stellvertr. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Frank Zahn - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Rainer Bischoff - SPD		
Dr. Michaela Blunk - FDP		
Inge Hennig - SPD		
Dr. Volker Koß - FREIE WÄHLER & GAL		Vertretung für: Herrn Rüdiger Hinrichs
Andy Kuba - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Klaus Hinrich Rohlf - CDU		
Peter Schüler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Herrn Tim Alexander Reclam
Protokollführung		
Kerstin Köneke - Entsorgungsbetriebe Lübeck		
Gäste		
Jürgen Adler -		
Senator Ludger Hinsens - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung		

Tino Martsch - 3.700 EBL	
Katja Mentz - GAL-Fraktion	
Petra Poltrock - FBC FB 3	
Oliver Prieur - CDU-Fraktion	
Stefan Schmedemann - 3.700- EBL	
Detlev Stolzenberg - Hauptausschuss - Die Unabhängigen	
Dr. Rolf Tetzlaff-Gahrman -	
Enno Thyen -	
Dr. Jan-Dirk, Verwey - 3.700 EBL	
Susanne Bak - Entsorgungsbetriebe Lübeck	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Carsten Grohmann - CDU	fehlt entschuldigt
Wolfgang Neskovic - Die Unabhängigen c/o Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen	fehlt entschuldigt
Katjana Zunft - DIE LINKE Fraktionsvorsitzende	fehlt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER & GAL	fehlt entschuldigt
Tim Alexander Reclam - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung	
2.1	Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte Pkt. 11 - 15 können nach der Maßgabe einer entsprechenden Beschlussfassung durch die Mitglieder des Werkausschusses nichtöffentlich beraten werden.	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.02.2021 öffentl. Teil	
4	Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
4.1.1	Stand der Anhörung nach § 29 Abs. 1 KrWG	
4.2	Mitteilungen der Werkleitung	
4.2.1	Ergebnisse Abfallanalyse	
4.2.2	Zuwendungsbescheid neuer Gasspeicher	
4.2.3	Winterdienst	
4.2.4	Regenrückhaltebecken Roggenhorst	
4.2.5	Stellungnahme zum Beschluss der Bürgerschaft zur Durchführung einer Einwohner:innenbefragung zur Einlagerung von freigemessenem Bauschutt	
4.2.6	Diverses	
5	Beschlussvorlagen	
6	Berichte	
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1	AT zu 'VO/2021/09658 - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Deponie plus-Maßnahmen für Niemark'	VO/2021/09658-01
7.2	FREIE WÄHLER & GAL AT zu VO/2021/09759: Nullwertmessungen	VO/2021/09759-01
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8.1	Antrag des AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜ-	VO/2021/09704

	NEN): Maßnahmen gegen "wilden Müll" an Feldwegen	
8.1.1	AM Dr. Burkhard Eymer (CDU) Ergänzungsantrag zu: Antrag des AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Maßnahmen gegen "wilden Müll" an Feldwegen	VO/2021/09704-01
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und informiert, dass zwei zu verpflichtende Ausschussmitglieder anwesend sind. Dann verpflichtet der Vorsitzende die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Herrn Dr. Koß und Frau Hübner mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Anschließend eröffnet der Vorsitzende die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

zu 2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert, dass für TO 7.1. und 7.2. eine Videokonferenz mit dem Sachverständigen Herrn Küppers vom Öko-Institut e.V. aus Darmstadt geschaltet werden soll.

Herr Heidemann bittet um das Vorziehen der TO 7.1. und 7.2., damit er die Sitzung rechtzeitig verlassen könne, um an einer zeitgleich laufenden Videokonferenz seiner Fraktion mit Minister Albrecht teilzunehmen.

Das Verhalten wird von Herrn Zahn moniert. Es gehe um die Beschlussfähigkeit des Werkausschusses und die Teilnehmer müssen bis Sitzungsende dafür verbleiben und nicht anderen zeitgleichen Interessen nachgehen.

Der Vorsitzende nimmt die Beiträge zur Kenntnis und bestätigt, dass die Beschlussfähigkeit des Werkausschusses zu beachten sei. Er bittet jedoch, durch zügige Behandlung der TOs ein rechtzeitiges Ende der Sitzung zu ermöglichen.

Der Vorsitzende hält fest, dass die TOs 7.1., 7.2. und 4.2.5 unter dem Punkt 4.1.1 mitbehandelt werden sollen.

Aus dem Gremium kommt kein Widerspruch, und die heutige Tagesordnung wird mit den o.a. Änderungen so festgestellt.

zu 2.1 Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte Pkt. 11 - 15 können nach der Maßgabe einer entsprechenden Beschlussfassung durch die Mitglieder des Werkausschusses nichtöffentlich beraten werden.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung und die Zuordnung der als vertraulich zu behandelnden Tagesordnungspunkte 11 – 15 zum nichtöffentlichen Teil.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.02.2021 öffentl. Teil

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 4 Mitteilungen

Der Sachverständige vom Ökoinstitut e.V., Darmstadt, Herr Küppers, wird zur Sitzung per Video zugeschaltet und begrüßt.

zu 4.1 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 4.1.1 Stand der Anhörung nach § 29 Abs. 1 KrWG

Von Herrn Senator Hinsen werden noch ein paar offizielle Informationen gegeben:

1. Die HL hat (gemäß Auftrag aus der BÜ) fristgerecht ihre kritische Stellungnahme zum Zuweisungsbescheid rausgegeben (wurde auch der Fraktion zur Verfügung gestellt).
2. Der FB3 hat einen Auftrag für die Durchführung einer repräsentativen Meinungsumfrage. Dafür wurden 6 Institute mit einer beschränkten Ausschreibung angeschrieben. Geliefert wurden von einem Institut zwei Angebote; ein weiteres Institut wird noch ein Angebot abgegeben.
3. Weiterer Verlauf: Morgen wird sich damit innerhalb des Hauses beschäftigt, sowie anschließend im Senat am kommenden Montag, um dann schnell zu einer Entscheidung zu kommen. Es müsse alles zügig vorangehen; Ergebnisse erst Mitte des Jahres wären nutzlos.
4. Herr Hinsen steht nach der Anhörung für Fragen zur Verfügung.

Im Anschluss gibt Herr Dr. Verwey eine Stellungnahme ab (s. Pkt. 4.2.5).

Anschließend werden die TOs 7.1. und 7.2. beraten und beschlossen. Ergebnisse siehe unter den entsprechenden TOPs.

zu 4.2 Mitteilungen der Werkleitung

zu 4.2.1 Ergebnisse Abfallanalyse

Das Kernthema bei den Bioabfällen ist, dass diese besonders sortenrein benötigt werden für Kompost und die Erdenherstellung. Plastik ist ein Störstoff. Es gab zwei Analysen über zwei Phasen. Festzustellen war, dass die Lübecker Bürger das Thema ernst nehmen.

Der festgestellte heutige Störstoffanteil von 1,1 % ist auch im Bundesdurchschnitt als sehr gut zu bewerten. 2021 lag dieser noch bei 2,9 %. Das zeige, dass sich unser Aufwand i.Sa. Bioabfall gelohnt habe.

Herr Zahn bestätigt, dass sich die Biokontrollen damit als gute Maßnahme erwiesen haben. Er fragt nach, ob sich auch bei den Problemen mit den großen Wohnungsanlagen bewährt habe. Herr Dr. Verwey teilt mit, dass der positive Trend durchgängig festzustellen sei. Deswegen werden die EBL entscheiden, dass die Maßnahmen, auch die Kontrollen, beständig, durchgeführt werden sollen.

zu 4.2.2 Zuwendungsbescheid neuer Gasspeicher

Das Thema Klima ist den EBL sehr wichtig und haben sich gefragt, ob die Deponie noch mehr Gas nutzen und sinnvoll verwerten könne. Vom Deponieleiter, Herrn Adler, wurde ein Vorschlag entwickelt mit dem neuen Gasspeicher. Die EBL haben einen Zuwendungsbescheid über 50 % der Investitionskosten bekommen (460.000,00 EUR). Bis 2023 soll das Projekt umgesetzt sein.

zu 4.2.3 Winterdienst

Anhand einer Präsentation erläutert Herr Dr. Verwey die Anzahl der Winterdiensteinsätze. Es gab zwei starke Schneefallperioden, zu denen dann Volleinsätze gefahren wurden. Bzgl. der Gebühren sei noch keine Aussage möglich, es seien aber zu den letzten zwei/drei Jahren (siehe Tabelle) höhere Kosten angefallen.

Wichtig: Auf den Radwegen wurde der Einsatz von Formiaten erprobt (auf diesen reicht der Einsatz von Salz nicht aus). Herr Dr. Verwey zeigt beispielhafte Fotos dieser Einsätze. Insgesamt habe sich gezeigt, dass diese Formiate funktionieren. Allerdings seien diese auch deutlich teurer. Derzeit wird noch die Aussage vom Bereich Grün/Verkehr abgewartet, wie/ob sich die Formiate auf die Grünstreifen auswirken. Danach können die EBL dann erst einen Vorschlag für den nächsten Winter machen. Herr Zahn hält den Versuch für gelungen.

Frau Dr. Blunck weist darauf hin, dass auf den Radwegen am Radbruchplatz noch sehr viel Streusand liege. Herr Dr. Verwey verweist darauf, dass dies Jahreswechselbedingt so sei (teilweise herrsche noch Frost) und deshalb der Sand bewusst noch liegen gelassen werde. Generelles Ziel sei, den Sand vor Ostern einzuholen.

zu 4.2.4 Regenrückhaltebecken Roggenhorst

Herr Thyen informiert zum Thema anhand einer Präsentation. Anhand eines Artikels habe es hohe Wellen geschlagen.

Fakt sei, dass alle Gewerbebetriebe überprüft wurden (teils mehrfach). Die Ursache konnte bislang noch nicht aufgefunden werden. Es treten immer wieder Verschmutzungen auf. Es wurden mehrere Großeinsätze gefahren und Sperren im Wasser verlegt (auch bei widrigem Wetter). Ein Regenrückhaltebecken hat den Zweck vor dem Eintrag von Einschmutzungen zu schützen. Es hat eine Sperre gegen Schwimmstoffe. Im Ablauf wurden mittlerweile mehrfach Proben entnommen; Auffälligkeiten wurden keine festgestellt.

Herr Zahn fragt bzgl. des Presseartikels und der Andeutung angeblicher Vertuschungsversuche nach. Hier solle einmal klargestellt werden, dass dem nachweislich nicht so sei, bei all den Bemühungen der EBL.

Die Frage sei, was man nun noch machen könne/solle.

Herr Thyen informiert, dass die EBL eine Task Force eingerichtet hätten und sich dafür auch Vorgesetzte in Rufbereitschaft befänden (wurde auch schon mehrfach von Gebrauch gemacht). Dennoch habe sich noch kein Verursacher ermitteln lassen. Sollte einer gefunden werden, dürfte dieser alle verursachten Kosten tragen.

Hinweis: Man solle sich von den kursierenden Bildern nicht täuschen lassen. Die Wasseranalysen fallen ungefährlicher aus als zu vermuten. Viel werde auch vorsichtshalber abgesaugt.

Frau Dr. Blunck fragt nach, dass es angeblich lange gedauert haben, bis die EBL aktiv wurden. Herr Thyen widerspricht. Die EBL waren sofort vor Ort und haben sich ein Bild von der Lage gemacht. Die Sperre war intakt. In der LN stand eine falsche Information.

Herr Dr. Lengen verweist auf die Ausführung der Polizei im USO, dass diese auf aktives Beobachten von Menschen angewiesen sei.

zu 4.2.5 Stellungnahme zum Beschluss der Bürgerschaft zur Durchführung einer Einwohner:innenbefragung zur Einlagerung von freigemessenem Bauschutt

Herr Dr. Verwey gibt ein Statement der EBL bzgl. der beiden Bürgerschaftssitzungen im Februar ab. Die EBL als Betreiber seien unmittelbar betroffen, haben aber bisher keine Gelegenheit erhalten, sich zu beteiligen. Deshalb möchte er an dieser Stelle informieren. Die EBL haben eine eigene Position; diese sei auch aus den vergangenen WA-Sitzungen bekannt. Überraschend sei gewesen, dass die BÜ die EBL von der Aufgabe der Meinungsumfrage entlastet hat, nachdem diese bereits alle ausführlichen Vorbereitungen nahezu fertig gestellt hatten. Das sei aus Sicht der EBL ausgesprochen ärgerlich gewesen. Die formelle Begründung waren mögliche Eigeninteressen der EBL, die den EBL unterstellt werden könnten. Herr Dr. Verwey betont ausdrücklich, dass ihm eine hohe Transparenz in der Öffentlichkeit immer wichtig sei – die EBL seien schließlich auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten angewiesen. Was könnten also die Eigeninteressen der EBL sein?

1. MA der EBL, die mit den Abfällen arbeiten müssen
Rein physikalisch sei jedwede mögliche Belastung auf der Deponie am höchsten angesiedelt. Natürlich seien deshalb die EBL sehr stark engagiert, denn es liege nicht in ihrem Interesse, die Mitarbeiter einem Risiko auszusetzen. Das jedoch könne den EBL nicht zum Nachteil unterstellt werden.
2. Finanzielles Interesse
Die EBL sind eine gebührenrechnende Einheit und haben ein Kostendeckungsgebot zu befolgen. Sämtliche Erlöse von Dritten kommen vollständig dem Gebührenzahler zu Gute. Ausdrücklich verneint Herr Dr. Verwey, dass es weder für das Unternehmen oder seine Mitarbeiter irgendwelche Bonusregelungen für Abbruchabfallannahmen gebe. Deponieraum sei generell bundesweit knapp – die Nachfrage ist größer als das Angebot. Die EBL haben sich weder um solches Abbruchmaterial beworben und es gebe auch kein Interesse an dessen Einlagerung. Aber die EBL hätten sich dem fachlichen Dialog nicht entzogen und sich sogar aktiv daran beteiligt. Wirtschaftliche Eigeninteressen seien in keiner Weise vorhanden.
3. Die EBL als Deponiebetreiber seien Genehmigungsinhaber und tragen für das ordnungsgemäße Betreiben die Verantwortung – auch Herr Dr. Verwey persönlich. Damit seien die EBL den Behörden gegenüber in der Pflicht und haben höchstes Interesse, nur Stoffe anzunehmen, die das Genehmigungskonzept nicht gefährden.

4. Dazu kommt, dass die EBL von der Hansestadt Lübeck den Auftrag haben, die Entsorgungskapazitäten in Lübeck dauerhaft vorzuhalten. Und sie müssen auch rechtzeitig und frühzeitig dafür sorgen, dass neue Kapazitäten geschaffen werden.
Die EBL seien auf ein gutes Verhältnis zu den Nachbarn/Bürgern angewiesen. Dafür haben die EBL bereits viel gemacht.

Was Herrn Dr. Verwey bei den derzeitigen politischen Diskussionen bewege sei, dass dieses Verhältnis nicht gestört werden dürfe. Man müsse wissen, was diese Nachbarn/Bürger be-
wege/ängstige. Deshalb bedauert er sehr, dass keine Begleitgruppe eingerichtet werde, um auf deren Fragen/Ängste einzugehen und um unnötiger Gerüchteverbreitung vorzubeugen.

Herr Dr. Verwey hofft, mit seinem heutigen Statement, Zweifel an der Rolle und Position der EBL ausgeräumt zu haben.

Sein letzter Hinweis: Er verfolgt die derzeitigen Diskussionen und Anzeigenschaltungen. Die Deponie werde oft erwähnt. Leider stimmen nicht immer die auftauchenden Fakten und Zahlen. Die EBL können mit Klarstellungen kaum nachkommen. Er bittet deshalb eindringlich, vor solchen Veröffentlichungen rechtzeitig die korrekten Fakten/Auskünfte bei den EBL abzufragen. Andererseits befürchte er einen steigenden negativen Eindruck der EBL in der Öffentlichkeit. Das würde die Tätigkeiten der EBL belasten. Er möchte nicht die Deponie oder gar Mitarbeiter stigmatisiert sehen. Er bittet deshalb um entsprechende Unterstützung unserer Arbeit durch die Mitglieder des WA.

Herr Eymer dankt Herrn Dr. Verwey für dieses Statement.

zu 4.2.6 Diverses

Veranstaltung Sauberes Lübeck

Coronabedingt fällt diese Veranstaltung aus. Sollten trotzdem Einzelaktionen initiiert werden, würden diese von den EBL auf Anfrage unterstützt werden.

DSD - LVP Verwaltungsvorlage

Die Rahmenvorgabe wurde mittlerweile rausgesandt und es gibt erste Rückmeldungen. Die lassen darauf schließen, dass ein zäher rechtlicher Prozess zu erwarten sei, bis das neue gewünschte System etabliert werden kann. Die Betreiber würden sich erheblich dagegen wehren. Dies sei derzeit jedoch nur ein Zwischenstand zum Thema.

Labor – Frühwarnsystem

Frau Dr. Blunck fragt nach zum Stand der Ergebnisse. Herr Thyen verweist darauf, dass das Institut, an das die Proben geschickt wurden, noch an diesen arbeite.

zu 5 Beschlussvorlagen

Keine.

zu 6 Berichte

Keine.

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7.1 AT zu 'VO/2021/09658 - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Deponie plus-Maßnahmen für Niemark'
Vorlage: VO/2021/09658-01

Der Sachverständige Herr Küppers stellt seine Person sowie seinen Werdegang nach dem Studium der Kernphysik, der zu seiner Sachkunde geführt hat, vor.

Anschließend beantwortet er die Fragen der Sitzungsteilnehmer Frau Wolter, Herr Zahn, Herr Schüler, Hr. Dr. Lengen, Frau Hübner, Herr Dr. Koß, Herr Heidemann.

Anschließend lässt der Vorsitzende Teilnehmer über die TOs 7.1. und 7.2. abstimmen.

Der Antrag zu 7.1 wird nach Abstimmung abgelehnt.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Kieler Ministerium für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND) eine lokale Begleit- gruppe im Rahmen des Deponie plus-Konzeptes ins Leben zu rufen, die zusätzliche Sicher- heitsmaßnahmen für die Einlagerung von freigemessenem AKW-Bauschutt auf der Deponie Niemark vorschlägt, deren Finanzierung durch den AKW-Betreiber sicherstellt und für Trans- parenz im Entscheidungs- und Einlagerungsprozess sorgt.

Die Begleitgruppe tagt öffentlich und sollte Vertreter*innen von Naturschutzbeirat, interes- sierte Anlieger*innen, Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL), Verwaltung und die abfallpoliti- schen Sprecher*innen der Bürgerschaftsfraktionen sowie ggf. weiteren Beteiligte beinhalten.

2. Zwischen der Deponie Niemark und dem nächstgelegenen Wohngebiet sowie auf der Deponie Niemark selbst werden zur kontinuierlichen Messung von Umgebungsstrahlung Messpunkte eingerichtet. Dabei wird auf die Erfahrungen des Bundesamtes für Strahlen- schutz hinsichtlich der Messgeräte und der Messabläufe zurückgegriffen, um möglichst ver- gleichbare Werte zu erhalten, die mit vorhandenen Messpunkten in Stockelsdorf und Blan- kensee verglichen werden können. Die Messungen beginnen so schnell wie möglich, um einen Vorher-Nachher-Vergleich zu ermöglichen. Die Daten werden über die Webseite der Hansestadt Lübeck allgemein zugänglich gemacht. Die Kosten von 5.000-10.000 € je Gerät sind im Haushalt der Hansestadt Lübeck zu ordnen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7.2 FREIE WÄHLER & GAL AT zu VO/2021/09759: Nullwertmessungen
Vorlage: VO/2021/09759-01

Der Sachverständige Herr Küppers stellt seine Person sowie seinen Werdegang nach dem Studium der Kernphysik, der zu seiner Sachkunde geführt hat, vor.

Anschließend beantwortet er die Fragen der Sitzungsteilnehmer Frau Wolter, Herr Zahn, Herr Schüler, Hr. Dr. Lengen, Frau Hübner, Herr Dr. Koss, Herr Heidemann.

Um 17.54 Uhr beendet der Vorsitzende die Fragerunde, dankt Herrn Küppers für seine Teilnahme und Ausführungen und verabschiedet ihn.

Anschließend lässt der Vorsitzende Teilnehmer über die TOs 7.1. und 7.2. abstimmen.

Der Antrag zu 7.2 wird nach Abstimmung bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Beschluss:

Die Fraktion FREIE WÄHLER & GAL lehnt die vom Landesministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung geplante Zwangszuweisung von AKW-Abfällen nach Lübeck ab. Für den Fall, dass sich das Landesministerium nicht von diesem Vorhaben abbringen lässt, unterstützen wir den Widerspruch und den Klageweg durch die Hansestadt Lübeck.

Antragstext:

1) Für den Fall, dass dem Widerspruch nicht stattgegeben wird, müssen wir als Stadt Lübeck rechtzeitig Vorsorge treffen, um später messen zu können, ob Mitarbeiter*innen der EBL/Deponie Niemark und Bewohner*innen der umliegenden Siedlungen durch die Ablagerung der AKW-Abfälle einer erhöhten Strahlung ausgesetzt sind. Schnellstmöglich ist an festen Messplätzen auf der Deponie und in den umliegenden Siedlungen der Nullwert der Umgebungstrahlung kontinuierlich zu messen. Tages-, Wochen- und Monatsdurchschnittswerte werden auf der Internetseite der Stadt gelistet. Nur so ist ein belastbarer Nullwert feststellbar.

2) Im zweiten Schritt, sollte es zur Zwangszuweisung von AKW-Abfällen kommen, werden die Messungen im selben Maße fortgesetzt und veröffentlicht. Abweichungen vom Bereich des (alten) Nullwerts werden veröffentlicht, untersucht und gegebenenfalls wird reagiert.

3) Bei den Messungen handelt es sich um eine Maßnahme zur Daseinsvorsorge für die auf der Deponie Beschäftigten und die Bevölkerung der Umgebung. Die Kosten trägt die Hansestadt Lübeck. Im Falle einer Einlagerung freigemessenen AKW-Schutts wird der Bürgermeister beauftragt, einen Weg zu finden, die Kosten auf den Urheber, den Betreiber des AKW Brunsbüttel, oder den Besteller, das Land Schleswig-Holstein, der Leistung zu übertragen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	1
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 8.1 Antrag des AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Maßnahmen gegen "wilden Müll" an Feldwegen
Vorlage: VO/2021/09704**

Frau Mählenhoff weist auf zwei gemeldete Stellen in Moising hin, die wiederholt vermüllt werden (Feld hinter der Bahn – gleich runter am Kanal sowie ca. 100 m weiter). Sie vermutet, dass es sicherlich noch viele solcher uneinsehbarer Wege gebe.

Herr Rohlf fragt nach, ob auch Videoüberwachung/Bewegungsmelder befürwortet würden. Das verneint Frau Mählenhoff.

Herr Dr. Verwey führt aus, dass die EBL zur Prüfung aufgefordert wurden. Solche „Wilder-Müll-Ecken“ seien bekannt. Für eine Verhinderung gebe es kein Patentrezept. Problem sei die Zuständigkeit. Oft handele es sich um Privatgrundstücke. Eine Schrankenaufstellung sei daher nicht möglich – da seien Grenzen gesetzt. Erfahrungsgemäß wird nach Abriegelung der einen Müllecke, eine andere aufgemacht. Er rate deshalb von einer Schrankensetzung ab.

Herr Zahn verweist auf das Problem seitens der EBL, wenn Müll gemeldet wird. Es sei zunächst ein Auftrag seitens der HL notwendig. Er fragt Herrn Senator Hinsen, ob es da nicht eine einvernehmlichere Regelung geben könnte und verweist auf die kürzliche Neuaufstellung des Ordnungsdienstes. Herr Senator Hinsen bestätigt, dass der Ordnungsdienst in der Tat auch vor diesem Hintergrund neu aufgestellt worden sei. Die Meldemethodik sei bereits vereinfacht worden. Ansonsten teile er das Unverständnis von Herrn Dr. Verwey über Personen, die auf diese Art den Müll wild entsorgen. In Lübeck gebe es eine sehr gute Sperrgutabfuhr. Keiner habe es nötig, Müll in die Natur zu kippen.

Der Antrag wird von der Antragstellerin, Frau Mählenhoff, zurückgezogen. Sie hält ihre Frage für beantwortet.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert gemeinsam mit den EBL zu prüfen und zu berichten, ob die Installation von Zufahrtbeschränkungen bspw. durch Schranken oder andere Mittel geeignet ist, um zu verhindern, dass sog. wilder Müll in die Landschaft verbracht wird. Insbesondere sind dabei diejenigen Feldwege in Erwägung zu ziehen, an denen bereits wiederholt wilder Müll illegal entsorgt worden ist.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 8.1.1 AM Dr. Burkhard Eymmer (CDU) Ergänzungsantrag zu: Antrag des AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Maßnahmen gegen "wilden Müll" an Feldwegen
Vorlage: VO/2021/09704-01**

Beschluss:

Die EBL wird gebeten, bis zu nächsten Ausschusssitzung zu berichten, wie die Möglichkeiten für Bürger, der Stadtverwaltung illegal abgelagerten Müll zu melden, verbessert werden können. Insbesondere bitten wir die EBL um Stellungnahme, ob der Einsatz von Smartphone-Apps für diesen Zweck für sinnvoll erachtet wird.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	1
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	3
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18.23 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18.23 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt..

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende erklärt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung **6 Beschlüsse** gefasst worden seien und schließt die Sitzung um 18.31 Uhr.

Lübeck, den 6. September 2021

Dr. Burkhard Eymer
Vorsitzende/r

Kerstin Köneke
Protokollführung